

Bedarfsbefragung der Partner für die Brandenburger Programme 2020+

erarbeitet im Rahmen des Projektes

KBSplus – Ein Partnernetzwerk für Brandenburg 2018-2020

Dr. Sandra Saeed, Sebastian Schwidder, Dr. Jörg Weingarten

Berlin, 30. November 2019

Inhalt	
Abbildungsverzeichnis	2
1. Auftrag	3
2. Vorgehen.....	3
3. Sample	4
4. Ergebnisse.....	4
4.1 Relevanz und Nutzen der Fördermittel aus den ESI-Fonds für die Partner	4
4.1.1 Relevanz	4
4.1.2 Nutzen	5
4.2 Einschätzung der Träger zu den künftigen Richtlinien.....	6
4.2.1 Richtlinien, die weitergeführt werden sollten	6
4.2.2 Konkrete Änderungswünsche.....	7
4.2.3 Richtlinien, die nicht weitergeführt werden sollten	7
4.2.4 Vorschläge für die Richtliniengestaltung.....	8
4.3 Förderbedingungen.....	10
4.3.1 Allgemeine Bewertung und Wirkung auf die Inanspruchnahme.....	10
4.3.2 Vorschläge für die Förderbedingungen	11
4.4 Förderperiode ab 2020	13
4.4.1 Zustimmung der Träger zu den zukünftigen Schwerpunkten.....	13
4.4.2 Eigenmittel und Kofinanzierung	14
4.4.3 Position der Träger zu regionaler / lokaler Schwerpunktsetzung	14
4.4.4 Begriffsdefinition der Partner: Innovation und Nachhaltigkeit.....	14
4.5 Öffentlichkeitsarbeit	15
4.5.1 Wahrnehmung der Öffentlichkeitsarbeit durch die Partner.....	15
4.5.2 Vorschläge für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit	16
4.6 Positionen der Partner zum Gemeinsamen Begleitausschuss	17
5. Schluss	18
Anhang.....	19

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zeitplan des Projektes.....	4
Abbildung 2: Relevanz der Fördermittel (eigene Darstellung).	4
Abbildung 3: Nutzen der laufenden Förderperiode (eigene Darstellung).....	5
Abbildung 4: Bedeutung Vereinfachungen bei der Förderung (eigene Darstellung). ...	12
Abbildung 5: Bedeutung der landespolitischen Prioritäten für die von den Partnern vertretenen Organisationen.....	13
Abbildung 6: Bedeutung der landespolitischen Schwerpunkte für die von den Partnern vertretenen Organisationen.....	13
Abbildung 7: Auswirkungen durch höheren Eigenmittelanteil (eigene Darstellung). ...	14
Abbildung 8: Durchschnittsnote Öffentlichkeitsarbeit (eigene Darstellung).	15
Abbildung 9: Wie wirksame Öffentlichkeitsarbeit aussehen sollte (eigene Darstellung).	16

1. Auftrag

Die Diskussion um die Gestaltung der ESI-Fonds für die neue Förderperiode (2021-2027) ist auch in Brandenburg in vollem Gange. Die verschiedenen Interessengruppen positionieren sich und bringen sich in den politischen Prozess ein, um ihre Bedürfnisse und Erfordernisse zu artikulieren und in der kommenden Förderperiode umgesetzt zu sehen.

So auch die Brandenburger Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner, zu denen der Städte- und Gemeindebund, Sozialverbände und weitere relevante Interessenvertretungen der Zivilgesellschaft gehören. Sie alle haben einen wichtigen Anteil am passgenauen Einsatz der ESI-Fonds und am Gelingen der geförderten Projekte. Sie bringen sie sich sowohl durch separate als auch durch gemeinsame Stellungnahmen in den politischen Prozess ein.

Aufbauend auf das von der *KBSplus* erstellte Forderungspapier der Partner zur Zukunft der Kohäsionspolitik im Allgemeinen in 2018 wurde nunmehr PCG Project Consult GmbH mit einer Befragung der Partner zu den besonderen Herausforderungen und Handlungsbedarfen in Brandenburg beauftragt.

Mit der Bedarfsbefragung sollen die Brandenburg-spezifischen Forderungen der Partner zusammengetragen werden und in Empfehlungen zur Ausgestaltung der zukünftigen operativen Programme im ESF und EFRE und des EPLR münden. Um vertiefende Erkenntnisse aus der operativen Umsetzung der aktuell noch laufenden Förderperiode aufzugreifen und Empfehlungen für die nächste Förderperiode ableiten zu können, werden zusätzlich Projektträger von ESI-Fondsgeförderten Projekten befragt. Die Ergebnisse der Befragung sollen anschließend in den politischen Diskurs eingebracht werden und die Positionierung der Partner weiter schärfen.

2. Vorgehen

Das Projekt hatte eine Laufzeit vom 16. August 2019 bis zum 30. November 2019. Nach eingehender Auftragsklärung wurde zunächst ein Fragebogen und ein Analyseraster entwickelt (s. Anhang). Der Fragebogen wurde mit den Verwaltungsbehörden eingehend diskutiert und abgestimmt. In der anschließenden Interviewphase wurden die Partner und Gäste im BGA sowie ausgewählte Träger telefonisch oder persönlich befragt. Hier wurde stets die Perspektive beachtet: die Interviewteilnehmenden haben nicht für sich selbst gesprochen, sondern die Perspektive der von ihnen im BGA vertretenen Organisationen eingenommen. Waren sie selbst auch Antragstellende, flossen diese Erfahrungen in die Perspektive der vertretenen Organisationen ein. Der Vollständigkeit halber erwähnt sei zudem, dass nur die wenigsten Partner einen vollständigen Überblick über die gesamte Förderkulisse haben. Entsprechend argumentieren sie nur in jenen Feldern, welche sie überblicken.

Die gewonnenen Erkenntnisse wurden am 30. Oktober 2019 in einem Workshop mit den Partnern vorgestellt, verifiziert und verdichtet. Daraus entstand eine Kurzfassung ausgewählter Ergebnisse, die am 14. November 2019 im BGA vorgestellt wurden. Nachfolgender Zeitplan zeigt die Meilensteine im Projekt.

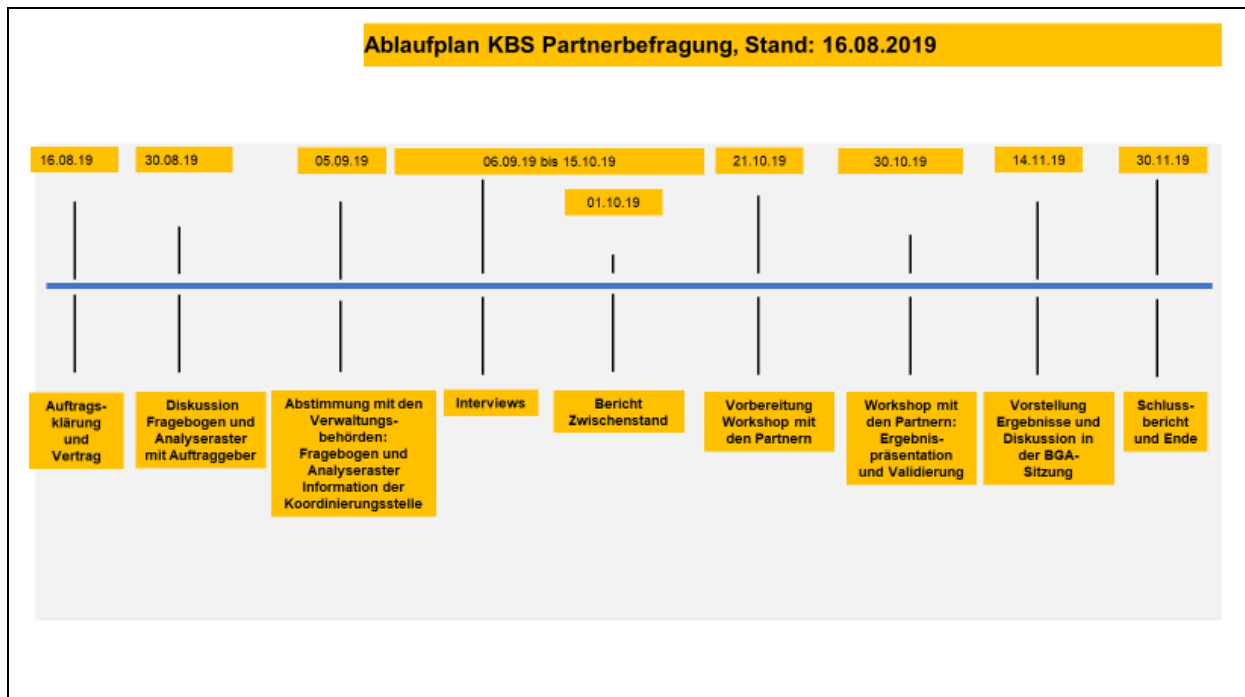


Abbildung 1: Zeitplan des Projektes

3. Sample

Im Gemeinsamen Begleitausschuss sind insgesamt 19 Partner und Gäste gelistet. Interviewt wurden 20 Personen, darunter 15 Mitglieder des Gemeinsamen Begleitausschusses, 3 Assoziierte und zwei Vertretende von Trägern von Maßnahmen.

4. Ergebnisse

Nachfolgend werden die Ergebnisse der Interviews sowie des anschließenden Workshops dargestellt. Bewertet wurde die laufende Förderperiode, um hieraus Ableitungen für die künftige treffen zu können. Enthalten waren Fragen zur Richtliniengestaltung, den Fördermodalitäten sowie der Öffentlichkeitsarbeit. Für ausgewählte Schwerpunktthemen wurden Vorschläge erarbeitet.

4.1 Relevanz und Nutzen der Fördermittel aus den ESI-Fonds für die Partner

4.1.1 Relevanz

Gefragt wurde hier nach der Bedeutung der Mittel aus den ESI-Fonds für die von den Partnern vertretenen Organisationen. Zunächst sollte ein Skalenwert vergeben werden, anschließend sollte die Wahl begründet werden. Im Mittelwert aller Antworten ergibt sich eine hohe Relevanz.



Abbildung 2: Relevanz der Fördermittel (eigene Darstellung).

Bei den Antworten taten sich verschiedene Dimensionen auf: zum einen schätzten die Partner die Relevanz für das Land Brandenburg ein, zum anderen für die von ihnen vertretenen Organisationen im BGA.

Bezogen auf das Land Brandenburg bestand Einigkeit bei der Auffassung, dass mit den ESI-Fonds sinnvolle Projekte gefördert werden und dauerhafte Arbeitsverhältnisse durch die geförderten Maßnahmen generiert werden. Sie betonen vor allem die Notwendigkeit dieser Mittel für den ländlichen, metropolenfernen Raum beziehungsweise für schwach entwickelte Regionen. Insofern wird den ESI – Fonds eine hohe Relevanz bescheinigt. Diese Einschätzung gaben die Partner unabhängig von ihren eigenen Ressourcen.

Wenn die Partner jedoch betrachten, welche Relevanz die ESI – Fonds für die von ihnen vertretenen Organisationen ganz praktisch haben, ergibt sich ein anderes Bild.

So kommen jene Partner, die ressourcenschwache Organisationen (Initiativen, Gemeinden, Betriebe uvm.) vertreten, zu dem Schluss, dass die Antragstellung schwer zu händeln ist, weil die Kapazitäten fehlen. Insofern ist hier die Verfasstheit der potentiellen Antragsteller – so sie über wenig Kapazitäten verfügen – verantwortlich dafür, dass die Mittel aus den Fonds nicht vollständig genutzt bzw. beantragt werden. In diesem Sinne werden auch ESI – Fonds als wenig relevant angesehen.

Entsprechend gibt es hier die Forderung nach Seed-Money „Wir brauchen für die kleinen Organisationen der Herstellung der Chancengleichheit, z.B. mit ‚Seed-Money‘ – um Anträge überhaupt stellen zu können“.

Jene Partner, die Wirtschaftsbetriebe vertreten, differenzieren nach Betriebsgröße. „Alle Töpfe sind relevant für unsere Betriebe!“, aber durch den bürokratischen Aufwand und teilweise auch die geforderten Eigenanteile an der Gesamtfinanzierung ergibt sich, dass Kleine und Kleinunternehmen selten partizipieren, entsprechend ist die Relevanz unbedeutend für diese Gruppe.

Andere Partner gaben an, dass für sie die ESI-Fonds eine Förderungsmöglichkeit unter vielen darstellt. Dabei werden andere Programme eher genutzt, weil der Zugang leichter ist. Gemeint ist unter anderem die als zu eng empfundene Auslegung der Programme. Hier sind es also eher technisch-administrative Gründe, wegen derer die Fonds keine hohe Relevanz haben. In diese Argumentation fällt auch die Einschätzung, „dass der bürokratische Aufwand so angestiegen ist, dass es sich oftmals nicht lohnt, zu beantragen.“

Schließlich wurde in der Befragung angegeben, dass keine oder wenig Mittel beantragt werden, weil keine zielgruppenspezifische Förderung existiert oder weil sich die eigene Definition von Forschungsförderung von der des Landes unterscheidet. Auch hier wurden die ESI-Fonds als nicht relevant eingeschätzt.

4.1.2 Nutzen

Gefragt nach dem Nutzen der ESI-Fonds in der laufenden Förderperiode für die von den Partnern vertretenen Organisationen ergibt sich in Summe die Schulnote „gut“.



Abbildung 3: Nutzen der laufenden Förderperiode (eigene Darstellung).

Jene, die eine gute Note vergeben haben, verweisen erstens auf die Qualität der Richtlinien: so würden die Richtlinien zwar den Rahmen vorgeben, aber genügend Spielraum für kreative Möglichkeiten lassen. Entsprechend würden alle genutzten Richtlinien ihre Ziele erreichen und den Bedarf treffen. Die ESI-Fonds würden nachhaltig zum Wachstum beitragen, Mitnahmeeffekte würden nicht erzeugt.

Zweitens wird deutlich, dass viele Partner und die von Ihnen vertretenen Organisationen auf die Förderung durch die ESI-Fonds angewiesen sind: Genannt wurde hier insbesondere die Forschungsförderung und regionale Veranstaltungen: „in den Regionen gab es vielen Veranstaltungen, die ohne das Geld nicht hätten stattfinden können.“

Jene, die eher schlechtere Schulnoten vergaben, nennen vor allem die bürokratischen Hürden für die Beantragung der Mittel. Dadurch sinkt die Akzeptanz der ESI-Fonds bei potentiellen Antragstellenden. Gleichzeitig steigt bei den Partnern der Beratungs- und Coachingaufwand für ihre Mitglieder, sie werden weit stärker als es ihre Kapazitäten erlauben, zu notwendigen Mittlern zwischen öffentlicher Hand und Antragstellenden.

Insofern können wir zusammenfassend festhalten, dass die Förderkulisse inhaltlich gut ist. Abstriche beim Nutzen für die von den Partnern im BGA vertretenen Organisationen gibt es wegen des als nicht optimal eingeschätzten Fördermanagements.

4.2 Einschätzung der Träger zu den künftigen Richtlinien

Mit diesen Fragen war intendiert, aus den Erfahrungen aus der laufenden Förderperiode Schlüsse für die zukünftige Gestaltung der Förderkulisse zu gewinnen. Die Partner gaben Auskunft zu Richtlinien, die weitergeführt werden sollten (gegebenenfalls mit Änderungen) und zu solchen, die aus ihrer Sicht floppten. Daraus haben die Partner Ableitungen getroffen für die künftige Richtliniengestaltung.

4.2.1 Richtlinien, die weitergeführt werden sollten

Aus den Einschätzungen der Partner ergeben sich vier Themen, die in jedem Fall weiterhin durch Richtlinien untersetzt sein sollten.

Erstens haben aus Sicht der Partner Richtlinien beziehungsweise Programme mit dem Fokus auf **Digitalisierung** einen hohen Stellenwert: „BIG DIGITAL ist eigentlich eine sehr gute Richtlinie, die Betriebe würden gern mehr machen. Hier wird der Abruf leider begrenzt durch die aufzubringenden Eigenmittel in Höhe von 50% an den Gesamtkosten“. Bei diesem Thema ist die Förderung der digitalen Infrastruktur ebenso explizit eingeschlossen wie die Begleitung von Betrieben, Beschäftigten und Arbeitssuchenden beim technologischen Wandel.

Zweitens sollten **Bildung und Weiterbildung** weiterhin so stark gefördert werden wie bisher. Als sinnvoll und sehr nachgefragt wird etwa das Programm INISEK 1 gesehen, welches die Ausbildungsfähigkeit und Berufswahlkompetenz von Schülerinnen und Schülern verbessern soll. Gleiches gilt für „Qualifizierte Ausbildung im Verbundsystem“. Wegen der vergleichsweise hohen Quote an Langzeitarbeitslosen sollte dringend weiterhin in die Qualifizierung dieser Gruppe am Arbeitsmarkt investiert werden ebenso wie die explizite Förderung anderer Zielgruppen, z.B. Frauen. Von hoher Priorität ist selbstredend die Förderung von Qualifizierung im Zuge von Digitalisierung und Strukturwandel, „denn das Arbeitsvermögen ist unser einziges Kapital!“

Drittens steht die **Innovationsförderung** weit oben auf der Agenda der Partner. Dabei drängen jene Partner, die Institutionen aus Wissenschaft und Forschung im BGA vertreten, auf einen Innovationsbegriff des Landes, der anschlussfähig ist an den Innovationsbegriff der

Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Ebenfalls gewünscht ist ein Fokus auf soziale Innovationen. Insgesamt ist die Einschätzung der Partner, dass Innovationen möglichst breit definiert werden sollten (siehe auch Kapitel 4.4.4).

Viertens sind Richtlinien beziehungsweise Programme genannt, welche **Regionalentwicklung** und **Infrastrukturentwicklung** voranbringen, insbesondere im **ländlichen Raum**. Entsprechend werden hier nahezu alle möglichen Richtlinien und Maßnahmen genannt.

4.2.2 Konkrete Änderungswünsche

Viele Richtlinien finden Zuspruch, jedoch wird bei einigen Optimierungsbedarf gesehen. Gefragt wurde hier nicht nach der Umsetzbarkeit der Vorschläge. Nachfolgend werden die genannten Änderungswünsche in tabellarischer Form wiedergegeben.

Richtlinie	Änderungswunsch
Unternehmensnachfolge	Sollte wieder in den ESF in die entsprechende Richtlinie aufgenommen werden.
Mikrokredit Brandenburg	Abwandeln, weil inzwischen der Zinssatz nicht lukrativ ist und der bürokratische Aufwand zu hoch.
RENplus	Hier liegt die Bearbeitungszeit inzwischen bei zwei Jahren, der bürokratischer Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen.
NESUR KMU	Sollte besser in die "nachhaltige Stadtentwicklung" zurück
Initiative Sekundarstufe I (INI-SEK I)	Abwandeln: Brandenburg ist eines von zwei Bundesländern, welches INISEK als Landesförderung konzipiert hat. Bundesförderung wäre besser, weil sie auskömmlicher ist und mit Pauschalen arbeitet. Wenn es eine Landesförderung bleibt, dann bitte a) Fahrtkosten separat; b) Werkstatttage bitte auch mit Gymnasien. Beides ist in der Bundesförderung möglich.
Innovation	Muss bleiben, aber mehr in das System Forschung geben. Denn aktuell geht alles in die Clusterelite. Sowie Freiräume einbauen, meint mehr Flexibilität in der Förderung.
Ausgleichszulage / Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM)	Maßnahmen: sollten beide ausgebaut werden. Fachlich, Inanspruchnahme (Aktuell nur für Grünland, künftig sollte auch auf Ackerflächen möglich sein)
LEADER	Förderung von Verbänden ermöglichen

4.2.3 Richtlinien, die nicht weitergeführt werden sollten

In erster Linie betreffen die Antworten auf diese Frage Richtlinien, die ein Wettbewerbsverfahren enthalten, allen voran der „Stadt-Umland-Wettbewerb“. Zwar wird ihm eine gute Intention bescheinigt, die Umsetzung wird jedoch kritisch gesehen, vor allem aufgrund der Komplexität des Verfahrens.

- Darüber hinaus sehen die Partner Verbesserungspotentiale bei der Kommunikation: „der Wettbewerb startete bereits und die Richtlinie kam erst später. Dies hat bei vielen

dazu geführt, dass umsonst gearbeitet wurde, weil man erst bei der Veröffentlichung der Richtlinie feststellen konnte, ob das intendierte Vorhaben überhaupt förderfähig ist.“ In diesem Zusammenhang wird auch der Titel der Richtlinie als suboptimal gewertet: „Das Wort Wettbewerb suggeriert, man könne etwas gewinnen. Stattdessen darf man sich vielleicht bewerben.“

- Der grundsätzlich von den Partnern sehr begrüßte fondsübergreifende Mitteleinsatz sollte in der Praxis konsequenter vorgehalten werden. Dies konnte der Stadt-Umland-Wettbewerb bei der Antragstellung bisher noch nicht gewährleisten.
- Schließlich wurde der hohe Aufwand (der Gemeinden) für diesen Wettbewerb angemerkt, der faktisch als Ausschlusskriterium für viele potentielle Antragstellende wirkte. „Viele Gemeinden haben gar nicht die personellen Ressourcen (oder eine größere Stadt in der Nähe, die diese Ressourcen aufbringen könnte), um das zweistufige Verfahren vollständig zu durchlaufen.“

Neben dem Stadt-Umland-Wettbewerb wurde auch das „1000-Speicher-Programm“ genannt. Auch hier: „Gute Idee, aber nicht zum Fliegen gebracht“, vor allem, weil sich das Programm in der Ankündigung erschöpft habe.

Schließlich wurden Richtlinien thematisiert, die generelle Mindestzahlen fordert. Als Beispiel wurden hier Netzwerke für Ausbildung genannt, hier ist es für die Betriebe oft nicht leistbar, die Mindestanzahl von Auszubildenden und Betrieben zu gewährleisten.

4.2.4 Vorschläge für die Richtliniengestaltung

Die Partner haben eine Reihe von Vorschlägen für eine gelungene Richtliniengestaltung entwickelt. Folgende Aspekte wurden genannt:

Praxis- und Anwendungsbezug gewährleisten

Hierzu zählt etwa die Richtlinie „Europäische Innovationspartnerschaft (EIP)“ im ELER. Als praxis- und anwendungsbezogen wird sowohl die geforderte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren der Landwirtschaft, des Gartenbaus, der Forschung, der Bildung, der Beratung, der Verarbeitung und der Dienstleistung gesehen als auch die Konzentration auf das Finden problem- und anwendungsorientierter innovativer Lösungen, und dem Aufzeigen von Wegen für die Ergebnisumsetzung gesehen.

Mit bewährten und einfachen Verfahren operieren

Beispiel hierfür ist die „Weiterbildungs-Richtlinie“ im ESF. Dies zeigt sich etwa an der Breite der Adressaten der Richtlinie und der Offenheit hinsichtlich der Größe förderfähiger Betriebe. Auch die „Förderung Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)“ wird hier lobend erwähnt. „KULAP wird gut angenommen, weil es hier ein bewährtes Verfahren gibt. Die Programme sind bekannt und die Folgen können gut abgeschätzt werden.“

Modularen Aufbau forcieren

Etwa, wie das Förderprogramm „Brandenburgischer Innovationsgutschein“ / „BIG Digital“ zur Vorbereitung und Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen von Unternehmen. Es enthält die Module „Beratung“, „Implementierung“ und „Schulung“. In diesem Zusammenhang wurde

die Ausreichung eines Scheckheftes für Antragstellende als sinnvoll erachtet (worin die einzelnen Leistungen des Programmes übersichtlich gestaltet sind). Weitere Schlagworte zur Modularität der Richtliniengestaltung waren „integrierte Förder-Richtlinien“ oder „Cafeteria-System“. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Forschungsarbeit des Deutschen Handwerksinstituts zur Wirkung solcher Modulförderungen. Die Handwerkskammern nehmen in Aussicht, die zum April 2020 erwarteten Ergebnisse in den Gemeinsamen Begleitausschuss einzuspeisen.

Lokale Ansätze fördern

Dies ist in den Augen der Partner besonders gelungen durch die Bildung der 14 LEADER-Regionen, in denen lokale Akteure umfassend beteiligt, lokale Eigenverantwortung gestärkt und interkommunale Aktivitäten befördert werden. In diesem Zusammenhang wurde auch der Wunsch nach Programmen geäußert, die explizit für die kommunale Ebene gemacht sind (z.B. STARK in Sachsen-Anhalt).

Attraktive und einfache Förderbedingungen konzipieren

Gemeint sind Förderbedingungen, bei denen ausprobiert werden kann, wie etwa die Richtlinie „Soziale Innovationen“. Diese operiert mit Pauschalen und ist in zwei aufeinander aufbauende Phasen gegliedert: zur Entwicklung von Projekten und zur modellhaften Erprobung.

Fondsübergreifende Gestaltung des Mitteleinsatzes

Darauf zielte der „Stadt-Umland-Wettbewerb“, der jedoch im Beantragungsverfahren erneut innerhalb der einzelnen Fonds verhaftet bleibt und in seiner Präzisierung als sehr kompliziert erlebt wurde. Eine wirklich fondsübergreifende Förderung könnte aus Sicht der Träger die Synergien zwischen den Fonds weiter stärken.

Doppelstrukturen vermeiden

Genannt wurden hier Beratungsstrukturen des Landes, die gleichzeitig auch bei den Kammern vorgehalten wurden. Erwartet wird hier, dass die Kooperation der Ministerien untereinander intensiviert wird mit dem Ziel, dass mehrere Ministerien an einer Richtlinie arbeiten. „Hier liegt der Schlüssel zur Effizienz und zur Vermeidung von Doppelförderung.“ Als positives Beispiel einer engen ministeriellen Kooperation wird die Existenzgründungsförderung gesehen, gemeinsam getragen von MWE und MASGF.

Untersetzung mit arbeitsmarktlichen Zielzahlen

Dies bedeutet, dass die arbeitsmarktliche Orientierung und Wirkung stärker in den Richtlinien verankert werden sollte.

Zeitgemäß evaluieren

Hier wird die Wahrnehmung thematisiert, dass bestimmte Evaluierungen nicht den aktuellen Stand abbilden. Aus dieser wird gefolgert, dass auch veränderte Anforderungen nicht verar-

beitet werden im Sinne einer angepassten Richtlinie. Als Beispiel für dringenden Evaluierungsbedarf wurde die „Förderung der Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen bei Existenzgründungen“ genannt. Dies, weil einige Lotsendienste nicht die Ziele erreichen und viele Maßnahmen in ihren Arbeitsmarkteffekten hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Stärkere Ausrichtung auf Innovationen und Milderung der Clusterorientierung

Grundsätzlich geht es den Partnern hier um eine weite Definition des Begriffes Innovation (siehe auch Kapitel 4.4.4). Damit ist auch gemeint, dass die starke Orientierung auf die Cluster Innovationspotentiale verschenkt. Durch die Clusterorientierung des Landes werden viele Branchen ausgeschlossen, die jedoch durchaus förderungswürdig sind. Die Engführung der Programme auf Cluster stellt sich aus Sicht der Träger als eher ungünstig dar. Daher ist der Vorschlag der Partner, die bestehende exklusive Förderung entlang der Cluster in eine vorrangige Förderung umzuwandeln.

4.3 Förderbedingungen

Hier waren die Befragten aufgefordert, Fördermodalitäten und das Förderverfahren im Allgemeinen zu bewerten. Hierzu zählte die Bewertung von Aussagen und deren Begründung.

4.3.1 Allgemeine Bewertung und Wirkung auf die Inanspruchnahme

Sehr gut bewerteten die Partner die Arbeit des Landesamtes für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF). Den Mitarbeitenden dieses Hauses wird allenthalben bestätigt, sowohl Verständnis als auch Expertise für die Belange der Antragstellenden zu haben.

Ansonsten ist die Sicht der Partner allenthalben kritisch. Unter der Überschrift Bürokratie finden sich eine Reihe von Problemfeldern, die aus Sicht der Partner den Mittelabfluss behindern.

Lange Bearbeitungszeiten

Lange Bearbeitungszeiten werden nahezu allen Stellen bescheinigt. Damit würde Potential in der Umsetzung vergehen. Ein weiteres Problem entsteht dann auch durch zum Teil sehr lange Phasen der Vorfinanzierung; ein Partner berichtete von Außenständen seit über 3 Jahren. Eine Beschleunigung der Bearbeitung wäre aus Sicht der Partner möglich, indem verstärkt mit Abschlügen gearbeitet würde.

Ändernde Rahmenbedingungen in laufenden Verfahren

Dies sei vor allem bei der ILB zu beobachten. Vielfach berichten die Partner davon, dass mit einem Wechsel des Bearbeitenden neue Verfahren und Nachforderungen aufgelegt werden. In diesem Zusammenhang wird der Wunsch nach einer stärkeren Abstimmung zwischen Ministerien und ILB geäußert. Die unzureichende Abstimmung wird als eine Ursache für die nicht hinlängliche Verlässlichkeit gesehen: „Die schlechte Zusammenarbeit darf nicht auf Kosten der Träger gehen“. Auch die Unterbrechung der Förderung, wie dies etwa zur Weiterbildungs-Richtlinie berichtet wurde, senkt das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Förderung.

Einheitliches Dienstleistungsportfolio nicht gewährleistet

Hier bestehen aus Sicht der Partner keine einheitlichen Wissensbestände unter den Bearbeitenden und ebenso kein gemeinsames Mindset, welches eine einheitliche Auslegung der Richtlinien oder Vorschriften gewährleisten könnte. Entsprechend würde, je nach Sachbearbeitenden, auch der Vorschriften ausgelegt. „Die Auflagen haben sich in der Laufzeit verändert, das geht gar nicht!“ Insofern war aus Sicht der sich bewerbenden nicht immer ganz transparent, warum sie abgelehnt wurden.

Auch seien die Ämter in den Regionen gravierend unterschiedlich. „Neuruppin hat einfach gar keine Beratung angeboten, das ist katastrophal!“

Komplexe Förderung

Die Förderung ist teilweise so komplex, dass einzelne Betriebe oder andere Antragstellende dies nicht leisten können. Entsprechend können sie oftmals nur noch Mittel beantragen, wenn sie Zugriff auf einen externen professionellen Berater oder Mittler haben, welcher das Antragswesen beherrscht. Da Regie- bzw. Managementaufwendungen aus Sicht der Partner nicht ausreichend finanziert werden, zeigt sich hier sehr stark, dass die Ressourcen der Antragstellenden darüber entscheiden, ob man „mitmachen“ kann.

Zu lange Planungshorizonte gefordert

Hier betreffen die Einschätzungen der Partner vor allem Details der Vorabkalkulation. So sollten Reisekosten vier Jahre im Voraus differenziert nach Verkehrsmittel angegeben werden, dies ist kaum möglich, schon gar nicht, wenn der Gegenstand des Projektes der Netzwerkaufbau ist, sprich, die Strecken a priori nicht festzulegen sind. Als ebenfalls illusorisch erweist es sich für kleine Organisationen, für die Berechnung des Personalbedarfs den Nachweis von drei vergleichbaren Stellen der letzten drei Jahre beizubringen, weil es diese Stellen schlichtweg nicht gab.

Kleinteiliges und zum Teil nicht zeitgemäßes Management

Hier wurden unter anderem die geforderten Stundennachweise genannt Diese Praxis, insbesondere zu den Personalkosten, widerspreche teilweise der geltenden DSGVO. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die oftmals beschriebene Forderung, Original-Nachweise per Post einzureichen bzw. sämtliche Dokumente in Papierform einzureichen. Die Erwartung der Partner ist eine digitale Kommunikation, „dies sollte Standard sein.“

Die Wirkung auf die Inanspruchnahme ist aus Sicht der Partner spürbar. Vielfach würden sich potentielle Antragstellende nicht mehr fragen, ob die Förderung zu ihrem Bedarf passt, sondern vielmehr abwägen, ob sie sich den bürokratischen Aufwand antun möchten. Vor diesem Hintergrund haben die Partner Ableitungen für die Förderbedingungen getroffen.

4.3.2 Vorschläge für die Förderbedingungen

Entsprechend hoch ist der Stellenwert der Vereinfachung aus Sicht der Partner, wie nachfolgende Abbildung zeigt.

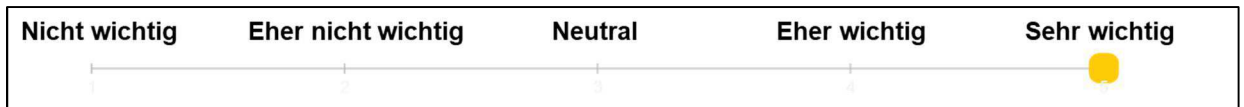


Abbildung 4: Bedeutung Vereinfachungen bei der Förderung (eigene Darstellung).

Die nachfolgend beschriebenen Ableitungen ergeben sich aus der Umkehr der Antworten auf die herrschenden Förderbedingungen, den Antworten zur Frage „Anregungen zur Vereinfachung / Entbürokratisierung“ sowie der Diskussion während des Workshops am 30. Oktober 2019.

Vereinfachung

Hier wurde zunächst die Vereinfachung durch die Nutzung aller technologischen Möglichkeiten zur Vereinfachung (keine Nachweise in Papierform, leistungsfähige Plattform zum Einstellen / Hochladen der erforderlichen Dokumente und Informationen) genannt.

Insgesamt sollten sich die Bemühungen um Vereinfachung über alle Phasen der Förderung erstrecken. Beantragung – Auswirkung – Nachverfolgung.

Aus Sicht der Partner sollten die Kriterien der EU in allen Programmen angewendet werden und keine weitere Verengung durch die Landesförderung stattfinden. Pauschalen und vereinfachte Kostenoptionen sind auszuweiten, die Nachweispflichten sollten reduziert werden. Es sollte vereinfachte Verfahren bei den Ausschreibungen externer Beraterkosten geben und noch mehr direkte Förderung realisiert werden. Vor allem für kleine Projekte sollte das Vergabeverfahren vereinfacht werden.

Verlässlichkeit und Verbindlichkeit in der Umsetzung.

Bevor die Projekte bewilligt werden, sollten die Regeln der Förderung verbindlich und transparent feststehen. Damit würde nachfolgend mehr Rechtssicherheit für die Träger der Maßnahmen entstehen. Die Laufzeit der Richtlinien sollte kontinuierlich (ohne Unterbrechung) sein. Eine engere fachliche Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und ILB etc. ist sehr erwünscht und trägt zu einer reibungsloseren Projektarbeit bei. Wichtig ist den Partnern, dass die personelle Ausstattung der Institutionen (ILB etc.) verbessert wird, dies kann am ehesten die Verlässlichkeit in allen Programmen gewährleisten.

Beratungs- und Unterstützungsstrukturen in den bestehenden Institutionen aufbauen

Je komplexer die Förderbedingungen, desto höher der Beratungsbedarf der Antragstellenden. Vor diesem Hintergrund sprachen sich die Partner – neben dem Wunsch, mehr Personal in den Institutionen (ILB etc.) vorzuhalten – für den Aufbau von Anlaufstellen innerhalb der bestehenden Institutionen. Dies sollte einhergehen mit Schulungen für die Beratenden. So kann ein gemeinsamer Wissensbestand zu den Förderbedingungen gewährleistet werden.

Insofern sollte eine umfassende und verlässliche, kooperative und wertschätzende Begleitung durch die bestehenden Institutionen erfolgen. Diese müssen stärker die Rolle der Beratenden einnehmen und hierbei die fachliche Expertise von Dritten stärker einbeziehen. Jenen, die Anträge stellen, sollte man so weit wie möglich entgegenkommen, etwa durch eine enge und

qualifizierte Betreuung, dies kann auch eine finanzielle Unterstützung bei der Konzeptentwicklung und der Antragstellung bedeuten. „Zumindest bei großen Programmen sollten Informationsveranstaltungen für die potentiellen Antragsteller obligatorisch sein.“

4.4 Förderperiode ab 2020

Hier wurde abgefragt, welche Bedeutung die bisher bekannten Förderprioritäten für die von den Partnern im BGA vertretenen Organisationen haben. Zudem wurde die Mittelausstattung thematisiert: welche Folgen hätten schrumpfende Mittel? Welche Folgen hätten höhere Eigenmittelanteile?

4.4.1 Zustimmung der Träger zu den zukünftigen Schwerpunkten und Prioritäten

Die Zustimmung der Partner zu den geplanten Förderschwerpunkten und -prioritäten des Landes ist sehr hoch. Wie auch bei der gegenwärtigen Förderung ist die nahezu einhellige Einschätzung der Partner, dass die Pläne der kommenden Förderperiode bedarfsgerecht formuliert sind.



Abbildung 5: Bedeutung der landespolitischen Prioritäten für die von den Partnern vertretenen Organisationen



Abbildung 6: Bedeutung der landespolitischen Schwerpunkte für die von den Partnern vertretenen Organisationen

Unter den Freitextantworten ist zu nennen, dass Inklusion und Armutsbekämpfung einen höheren Stellenwert bekommen sollten. Insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit hat in Brandenburg den höchsten Anteil in Vergleich der Bundesländer. Weitere Nennungen waren Innovation sowie Klimaschutz: beide Themen sollten stärker in den Fokus der Förderung rücken.

4.4.2 Eigenmittel und Kofinanzierung

Auch hier herrschte große Übereinstimmung bei den Antworten. Zunächst gingen nahezu alle Befragten davon aus, ein steigender Eigenmittelanteil wird dazu führen, dass die Programme weniger in Anspruch genommen werden. Nur wenige Organisationen können höhere Eigenmittelanteile realisieren, für viele wäre diese Veränderung gravierend. Milderung könnte eintreten, wenn die Bedingungen zum Einspeisen von Spenden oder Mitteln aus Fundraising verbessert würden.



Abbildung 7: Auswirkungen durch höheren Eigenmittelanteil (eigene Darstellung).

4.4.3 Position der Träger zu regionaler / lokaler Schwerpunktsetzung

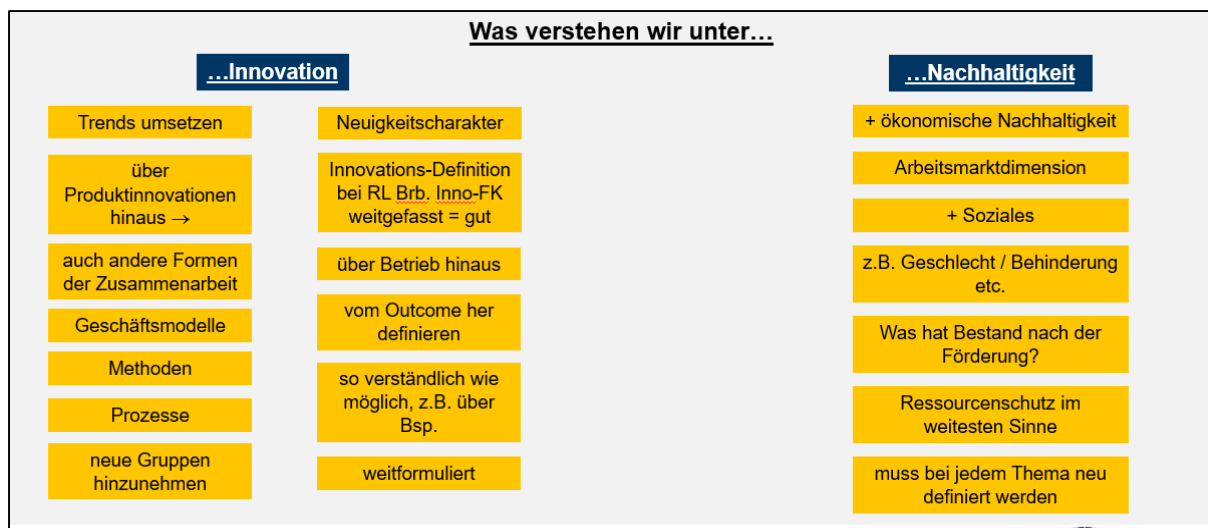
Vorab sei gesagt, dass hier nur sehr wenige Partner Angaben machten. Nahezu einhellig betonen die Partner, dass der ländliche, metropolenferne Raum stärker gefördert werden sollte. Ebenso wurde mehrfach die Lausitz als Region mit prioritärem Förderbedarf genannt. Hier sollte der Begleitung des Strukturwandels hohe Bedeutung eingeräumt werden.

Zudem sollte die Zusammenarbeit mit Berlin verstärkt werden, perspektivisch mit einem gemeinsamen OP. Es seien Fördermittel erforderlich für das länderübergreifende "Metropolenraum-Management".

Einige sprachen sich für eine möglichst breite Binnendifferenzierung der Förderung aus: „Wenn es möglich ist, ja! Z.B. haben Lausitz, Prignitz und Uckermark sowie der Speckgürtel sehr unterschiedliche Herausforderungen.“ Damit die Maßnahmen greifen und akzeptiert werden, sollte den Regionen hierbei ein starkes Mitspracherecht eingeräumt werden.

4.4.4 Begriffsdefinition der Partner: Innovation und Nachhaltigkeit

Alle Partner sprachen sich für eine weite Definition dieser wichtigen Förderziele aus. So sei die bisherige Innovationsstrategie des Landes nicht immer anschlussfähig, vor allem wegen der Orientierung auf die Cluster. Nachfolgende Übersicht zeigt, welche Inhalte die Partner für eine gelungene Definition der Begriffe „Innovation“ und „Nachhaltigkeit“ erarbeitet haben.



4.5 Öffentlichkeitsarbeit

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Befragung zu der Öffentlichkeitsarbeit der ESI-Fonds zusammengefasst. Dabei wird zwischen der Wahrnehmung der aktuellen Öffentlichkeitsarbeit durch die Partner und darauf aufbauend Vorschläge für Verbesserungen in der nächsten Förderperiode unterschieden. Die Verbesserungsvorschläge stammen dabei ebenfalls von den Partnern und wurden einerseits im Rahmen der Befragung als auch im bereits genannten Workshop gemeinsam erarbeitet.

4.5.1 Wahrnehmung der Öffentlichkeitsarbeit durch die Partner

Allgemein wird die Öffentlichkeitsarbeit durch die Befragten als befriedigend bewertet (vgl. Abbildung 8). Bei der Berücksichtigung von Einzelaussagen rund um die Öffentlichkeitsarbeit ergibt sich jedoch ein sehr differenziertes Bild. So wird die Öffentlichkeitsarbeit bspw. auf der einen Seite als zu kompliziert und wenig verständlich beschrieben, auf der anderen Seite gibt es jedoch auch Stimmen, die sie als zu vereinfachend und inhaltlich nicht umfassend genug empfinden.



Abbildung 8: Durchschnittsnote Öffentlichkeitsarbeit (eigene Darstellung).

So werden beispielsweise vereinzelte Kampagnen bzw. Maßnahmen, wie der Fotowettbewerb im Rahmen des ELER oder der ESF-Newsletter der ILB „BRANDaktuell“, als Positivbeispiele hervorgehoben.

Allerdings wird auch Kritik geübt: so wirken die Kampagnen zum Teil zu generisch und erzeugen dadurch nur wenig Aufmerksamkeit. Generell wird die Aufmerksamkeit durch die Öffentlichkeitsarbeit als zu gering empfunden, eine breite Öffentlichkeit wird nicht erreicht, stattdessen besteht die effektiv erreichte Zielgruppe aus der Fachöffentlichkeit („Nur Eingeweihte nehmen die Öffentlichkeitsarbeit wahr!“). Dies wird ebenfalls bei der Durchführung von Informationsveranstaltungen deutlich. Hier finden sich ebenfalls fast ausschließlich Personen aus den unmittelbaren Projektkontexten und nur wenige andere Vertretende aus der Gesellschaft.

Auch die Verbindung mit der regionalen Politik und Verwaltungsbehörden wird an vielen Stellen bemängelt – warum welches Projekt in welcher Region gefördert wird und was für Erwartungen damit verknüpft sind, ist nur für die Wenigsten ersichtlich. Daran schließt sich auch die Kritik am zu bürokratisch empfundenen Aufbau und Ablauf der Öffentlichkeitsarbeit an, der mit unflexiblen Vorgaben und Maßgaben (z.B. Zeiträume, Logoanordnung und -größe) die Handlungsmöglichkeiten und Kreativität in der Arbeit stark einschränken.

4.5.2 Vorschläge für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen des Workshops am 30.10.2019 wurde mit den Teilnehmenden erarbeitet, wie die Öffentlichkeitsarbeit der ESI-Fonds weiterentwickelt werden kann, um bessere Ergebnisse sowohl in der Wahrnehmung von Externen als auch in der Umsetzung von den einzelnen Projekten und Trägern zu erzielen (vgl. Abbildung 9). Diese Änderungsvorschläge sind als Ergänzung und Verfeinerung des Bestehenden gedacht. Die Öffentlichkeitsarbeit muss verstärkt unter der Prämisse „Welche Botschaft habe ich für welches Zielpublikum?“ gedacht und umgesetzt werden.

Ziel	Adressatengerechtigkeit	Vorgehen	Wirkungsanalyse stärken
Vor Ort erleben, was die EU tut!	Für welches Zielpublikum?	→ Werbung unterschiedlich zu gestalten	Es gibt komprimierte Infos...
Ist nicht Aufgabe der Projekte	potentielle Träger	Emotionalisieren	aber wie kommen sie an?
Es muss verstanden werden	wollen auch konkret abgeholt werden	Nutzen auch des digitalen Raums	
	...	bündeln aller Aktivitäten ELER / EFRE / ESF	
	Bürger	Mehr Infos, die einfach weiterzuleiten sind aber Programmspezifisch!	
Trägerperspektive	VB: „Bürgerinformation“-Bericht	Mehr mediale Beratung der Fonds zur ÖA	
Publizitätspflichten zu viele!	Wo sind die Ergebnisse hier?	ÖA zeitnah + gezielt für besseren Mittelabfluss / „Vertrieb“ verwenden	

Abbildung 9: Wie wirksame Öffentlichkeitsarbeit aussehen sollte (eigene Darstellung).

Die Positivbeispiele sollten weitergeführt werden und, dort wo es möglich ist, zusätzlich eingeführt werden. Bei einer Ausweitung der Kampagnen ist jedoch darauf zu achten, dass der besondere Charakter einer Kampagne nicht verlorenght und sie dadurch generisch wirkt.

Mehr Bürgernähe

Einen weiteren wichtigen Anknüpfungspunkt stellt die Einbindung bzw. Erreichung einer breiten Öffentlichkeit dar, was in der abgelaufenen Periode in den meisten Fällen nicht besonders gut gelungen ist. Um dies in Zukunft häufiger zu erreichen, sollte ein Teil der Bemühungen vom Digitalen ins Analoge verlagert werden. So würde beispielsweise die Pressearbeit in örtlichen/regionalen Zeitungen die Sichtbarkeit von Projekten bei der Bevölkerung erhöhen. Flankiert durch Veranstaltungen, die speziell für Bürgerinnen und Bürger und nicht die Fachöffentlichkeit konzipiert sind.

Die Verzahnung mit der Politik und öffentlichen Verwaltung stellt für die Befragten einen weiteren Baustein für die Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit dar. Neben einer besseren Einbettung in die regionale Politik (z.B. Behördenvertretende, die auf Informationsveranstal-

tungen die Sicht der Behörden auf ein Projekt darlegen) soll die europäische Ebene eine stärkere Rolle spielen. So wäre es vorstellbar und wünschenswert, dass sich Europaabgeordnete vermehrt in der Öffentlichkeitsarbeit der ESI-Fonds engagieren und für die Rolle und Bedeutung der EU auf lokaler Ebene werben. Denkbar wäre auch eine fondsübergreifende Kampagne, um aufzuzeigen, was die EU für die Regionen leistet und bereits geleistet hat.

Beratung und Materialien (weiter) anbieten und nutzen

Die Stellen bei den ESI-Fonds, die bei der Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit unterstützen sollen, leisten bereits gute Arbeit. Allerdings muss dies von den Projektträgern noch stärker als bisher in Anspruch genommen werden. Ein Hemmnis stellt die Bürokratie im Umgang mit den Fonds und die damit verbundenen Auflagen dar. Durch zu starre Vorgaben (z.B. verbindliche Größenvorgabe für Logos, welche zu unattraktiven Darstellungen führen) fühlen sich viele Projektträger in ihren Möglichkeiten eingeschränkt und können nur bedingt kreativ tätig sein, um die Werbung ansprechend zu gestalten.

Pointierte und emotionalisierte Öffentlichkeitsarbeit

Die Informationen müssen ansprechender aufbereitet und dargestellt werden, sodass sie sowohl ansprechend als auch leicht verständlich sind. Denkbar wäre auch ein (verstärkter) Einsatz von Best-Practice Beispielen in digitaler Form. Allerdings sollten die Vereinfachungen auch nicht zu umfassend ausfallen, da in einigen Fällen die Öffentlichkeitsarbeit als zu vereinfachend kritisiert wurde. Hier gilt es das richtige Maß zwischen notwendigen Informationen und Vereinfachungen zu finden – immer vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bedürfnisse der definierten Zielgruppen.

Durch eine stärkere Emotionalisierung der Kampagnen soll der eher langweilige und biedere Charakter des Informationsflusses über Projekte verändert werden und dadurch eine Reichweitenerhöhung und ein Wiedererkennungswert erzielt werden.

4.6 Positionen der Partner zum Gemeinsamen Begleitausschuss

Zu dieser Frage herrscht weitgehende Einigkeit. Nahezu alle möchten ganz eindeutig, dass der gemeinsame BGA beibehalten wird. Folgende Gründe wurden für die positive Bewertung genannt:

- Durch den fondsübergreifenden Austausch erhalten die Partner einen Gesamtüberblick und haben durch diesen „Blick über den Tellerrand“ Gelegenheit, die ESI Fonds ganzheitlich zu beurteilen. So können man auch andere Sichtweisen kennenlernen, dies fördere das Verständnis.
- Die direkte Kommunikation mit Ministerien und den Verwaltungsbehörden wird als sehr hilfreich angesehen, auch, weil so frühzeitig Einfluss genommen werden könne.
- Aus Sicht der Partner ist diese Beteiligungsmöglichkeit sehr demokratisch: „wir sehen, dass diese von der Landesregierung sehr ernst genommen werden.“ Oder: „ich habe den Eindruck, wir können tatsächlich an der Gestaltung mitwirken und werden beteiligt.“
- Insgesamt werde so die Kommunikation untereinander gefördert, Vernetzung und Erfahrungsaustausch würden vorangebracht; Synergien entstehen und können produktiv genutzt werden.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Arbeit der *KBSplus* als sehr unterstützend wahrgenommen. „Wir können uns nicht in jede Richtlinie einarbeiten. Daher brauchen wir die Unterstützung von der KBS.“

5. Schluss

Aus Sicht der Befragten kommt den ESI-Fonds eine hohe Bedeutung zu. Entsprechend hoch ist ihre Zustimmung zu den Inhalten der Förderung, gegenwärtig und mit Blick auf die kommende Förderperiode.

Indes gibt es klare Erwartungen der Partner an die Administration der Programme und Maßnahmen: vor allem geht es um Vereinfachung, aber auch – bei immer komplexer werdenden Zielsystemen – um eine bessere und umfassendere Beratung und Begleitung der Antragstellenden und Trägern der Maßnahmen. Insgesamt können die hier erwarteten qualitativen Verbesserungen bei der Administration unter dem Schlagwort „Guidelines“ gefasst werden.

Die Partner arbeiten im Gemeinsamen Begleitausschuss an einem gemeinsamen Ziel mit den Verwaltungsbehörden und der Koordinierungsstelle. Vor diesem Hintergrund haben alle Befragten durchweg konstruktive Beiträge geliefert.

Damit verbindet sich die Hoffnung, dass die in diesem Bericht zusammengefassten Anregungen aufgenommen werden und in die künftige Programmplanung einfließen. Sehr begrüßt würde, wenn es im Gemeinsamen Begleitausschuss Gelegenheit gäbe zu einem komprimierten Feedback durch die Verwaltungsbehörden.

Anhang

Fragebogen

Workshop-Dokumentation 30.10.2019

Kurzfassung für Ergebnispräsentation BGA 14.11.2019

KBSplus Partnerbefragung
Fragebogen für Partner und Träger
Stand: 03. September 2019

Institution	
Gesprächspartner	
Datum	

1) Schwerpunkte der Organisation

1.1 Vor welchen aktuellen Herausforderungen stehen die von Ihnen im Begleitausschuss der ESI-Fonds vertretenen Organisationen?

1.2 Welche prioritären Ziele verfolgt Ihre Organisation?

1.3 Mit welcher Strategie sollen diese Ziele erreicht werden?

1.4. Welche Erwartungen haben die von Ihnen im Begleitausschuss vertretenen Organisationen an Sie im Hinblick auf die ESI-Fonds?



2) ESI-Fonds – laufende Förderperiode

2.1 Welche Relevanz haben die Fördermittel aus den ESI-Fonds für die von Ihnen im Begleitausschuss vertretenen Organisationen?

sehr hohe	hohe	mittlere	eher geringe	geringe	k.A.

2.2 Aus welchen Gründen?

2.3 Aus welchen Fonds erhalten die von

Ihnen im Begleitausschuss vertretenen Organisationen Fördermittel?

ESF	EFRE	ELER

2.4 Haben Sie bei der Inanspruchnahme der Fördermittel regionale bzw. lokale Schwerpunkte?

Nein	Ja, und zwar ...

2.5 Welche Förder-RL werden von den von Ihnen im Begleitausschuss vertretenen Organisationen genutzt und warum? (*Interviewer legt Liste vor*)

2.6 Welche Instrumente / Schwerpunkte sollten beibehalten (ggf. angepasst) werden?

2.7 Welche haben sich aus Ihrer Sicht nicht bewährt?

2.8 Welche Förder-RL werden von Ihren Mitgliedsorganisationen kaum genutzt und warum?
(Interviewer legt Liste vor)

2.9 Welches waren aus Ihrer Sicht die Top-Projekte Ihrer Mitgliedsorganisationen in der laufenden Förderperiode und warum?

2.10 Wie bewerten Sie den Nutzen der laufenden Förderperiode für die von Ihnen im Begleitausschuss vertretenen Organisationen? Bitte ordnen Sie dies anhand von Schulnoten ein (1 = sehr hoher Nutzen; 6 = gar kein Nutzen).

1	2	3	4	5	6	k.A.

2.11 Aus welchen Gründen?

2.12 Wurden die Erwartungen der von Ihnen im Begleitausschuss vertretenen Organisationen durch die ESI-Fonds erfüllt?

2.13 Wie bewerten Sie rückblickend den Eigenmittelanteil der für Ihre im BGA vertretenen Organisationen (Zuwendungsempfänger)?

Für viele Zuwendungsempfänger nicht leistbar	zu hoch	Angemessen	Gut	Sehr gut	K.A.

Auf welche Richtlinie beziehen Sie sich konkret?

2.14 Wurden die von Ihnen im Begleitausschuss vertretenen Organisationen vor besondere Herausforderungen gestellt?

Nein	Ja, diese waren ...

2.15 Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zur **allgemeinen** Bewertung der Fördermodalitäten und dem Förderverfahren zu?

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht / k. A.
Die Informationen über die Förderbedingungen sind für mich verständlich.					
Der Umfang und die Detailtiefe der Nachweise für die Beantragung und Bewilligung der Förderung halte ich für angemessen.					

Die Beratung durch die ILB war für mich umfassend und ausführlich.					
Die Beratung durch die WFBB war für mich umfassend und ausführlich.					
Die Beratung durch die Landwirtschaftsämter der Landkreise war für mich umfassend und ausführlich.					
Die Beratung durch das Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) war für mich umfassend und ausführlich.					
Die Beratung durch den Landesbetrieb Forst Brandenburg war für mich umfassend und ausführlich.					
Der Zeitraum zwischen Beantragung und Bewilligung war angemessen.					
Die Auszahlungsanträge wurden zügig bearbeitet.					
Das ist mir besonders aufgefallen:					

2.16 Wenn Sie der Öffentlichkeitsarbeit in den ESI-Fonds Schulnoten geben könnten, welche Note würden Sie vergeben?

1	2	3	4	5	6	k.A.

2.17 Aus welchen Gründen?

2.18 Haben Sie und der von Ihnen im Begleitausschuss vertretenen Organisationen von der Öffentlichkeitsarbeit profitiert (z.B. vom „Projekt des Monats“ im ELER)?

Nein	Ja, insofern als ...
------	----------------------

--	--

3) ESI-Fonds - Planung der kommenden Förderperiode ab 2021

A) Finanzielle Ausstattung

3.A1 Bei prognostiziert sinkenden Mitteln: wie stark wirkt sich das auf die von Ihnen im Begleitausschuss vertretenen Organisationen aus?

Gar nicht	Eher nicht	Leicht	Eher stark	Stark	K.A.

3.A2 Welche Schwerpunkte / Themen Ihrer Organisation sollten in jedem Fall von der ESI-Fonds Förderung profitieren?

3.A3 Was darf auf keinen Fall den voraussichtlich schrumpfenden Finanzmitteln zum Opfer fallen?

3.A4 Welche Folgen hätte es in Ihren Augen, wenn sich die EU mit einem prozentualen Anteil an Finanzmitteln i. H. v. 55 % an den Gesamtkosten beteiligen würde?

3.A5 Würde jemand aus der Förderung „rausfallen“? Liefere etwas Gefahr, nicht mehr gefördert zu werden?

3.A6 Würde eine verstärkte Kooperation mit anderen Partnern und Trägerorganisationen Ihre Chancen auf Partizipation an den Fördermitteln erhöhen?

Nein	Ja, insofern als ...
------	----------------------

3.A7 Wie bewerten Sie die Chancen auf eine verstärkte Kooperation?

B) Förderprioritäten

3.B1 Die Landesregierung des Landes Brandenburg hat in den fondsübergreifenden landespolitischen Prioritäten für die kommende Förderperiode folgende Herausforderungen identifiziert. Welche Bedeutung haben diese für die von Ihnen im Begleitausschuss vertretenen Organisationen?

	Von niedriger Bedeutung	Von mittlerer Bedeutung	Von hoher Bedeutung	K.A.
Die Stärkung von Innovationen, insbesondere in KMU				
Eine kohärente Arbeits- und Fachkräfteentwicklung				
Die konsequente Anwendung der Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung				
Die Verbesserung der Ressourcen- und Energieeffizienz sowie die Umsetzung der Energiewende				
Die Schaffung der Rahmenbedingungen für den digitalen Wandel der Wirtschafts-, Lebens- und Arbeitsstrukturen				
Die Integration aller Bürgerinnen und Bürger, die soziale Inklusion und die Stärkung des regionalen Zusammenhalts im Land				

Folgendes ist mir noch wichtig:

3.B2 Die folgenden fondsübergreifenden landesspezifischen Prioritäten wurden gesetzt. Welche Bedeutung haben diese für die von Ihnen im Begleitausschuss vertretenen Organisationen?

	Von niedriger Bedeutung	Von mittlerer Bedeutung	Von hoher Bedeutung	k.A.
Innovation und wirtschaftlicher Wandel				
Bessere Bildungschancen sowie Entwicklung der Arbeits- und Fachkräftepotenziale				
Ressourcenschutz, Klimaschutz und Energiewende				
Bedarfsgerechte Unterstützung der Entwicklung in den Regionen und Stärkung des regionalen Zusammenhalts				
Querschnittsaufgaben:				
Digitalisierung				
Internationalisierung				
Vereinfachung				
Folgende weitere Themen sind mir noch wichtig:				

3.B3 Welche zukünftigen Förderprioritäten sehen die Partner aus der Praxis der Träger?

3B4 Die EFRE-Mittel sollen stärker für ein intelligentes Europa (z.B. Innovationen) sowie ein grüneres und CO₂-armes Europa eingesetzt werden. Führen Sie den folgenden Satz fort.

Für die von mir im Begleitausschuss vertretenen Organisationen bedeutet die Ausrichtung der EFRE Mittel, dass ...

3.B5 Der künftige ESF+ soll insbesondere die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte unterstützen (politisches Ziel 4) und die soziale Inklusion fördern (mit mindestens 25% der nationalen ESF+-Mittel). Führen Sie den folgenden Satz fort.

Für die von mir im Begleitausschuss vertretenen Organisationen bedeutet die zukünftige Ausrichtung des ESF+, dass ...

3.B6 Wo sollte eine regionalspezifische Schwerpunktsetzung erfolgen?

3.B7 Wo liegen Ihrer Ansicht nach Anregungen im Hinblick auf die regionale Gestaltungsfreiheit in der Förderung der ländlichen Entwicklung aus dem ELER?

3.B8 Wenn Sie drei Wünsche an die inhaltliche Ausgestaltung der ESI-Fonds hätten, welche wären das?

C) Fördermittelverwaltung

3.C1 Die Europäische Kommission ist bestrebt, die künftige Umsetzung von Fördermitteln zu vereinfachen. Wie beurteilen Sie dies / Träger?

Nicht wichtig	Eher nicht wichtig	Neutral	Eher wichtig	Sehr wichtig	K.A.

3.C2 Was bedeutet Vereinfachung für Sie konkret?

3.C3 Haben Sie Anregungen zur Vereinfachung / Entbürokratisierung (z.B. weniger Kriterien oder einheitliches Regelwerk für alle Fonds)? Falls ja, welche?

3.C4 Was sind Ihre Argumente für die unter 3.C3 vorgeschlagenen Verbesserungen?

3.C5 Haben Sie bereits Erfahrungen mit vereinfachten Kostenoptionen (VKO) z.B. durch die Anwendung von Pauschalen in der Förderung sammeln können?

Nein	Ja, dies waren ...

3. C6 Haben Sie zusätzliche Anmerkungen oder Vorschläge zu den Förderkonditionen bzw. den Verfahren?

3.C7 Haben Sie Verbesserungsvorschläge für die Öffentlichkeitsarbeit der ESI-Fonds?

3.C8 Welche Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit aus der laufenden Förderperiode sollen unbedingt in die neue Förderperiode übertragen werden?

D) Begleitausschuss

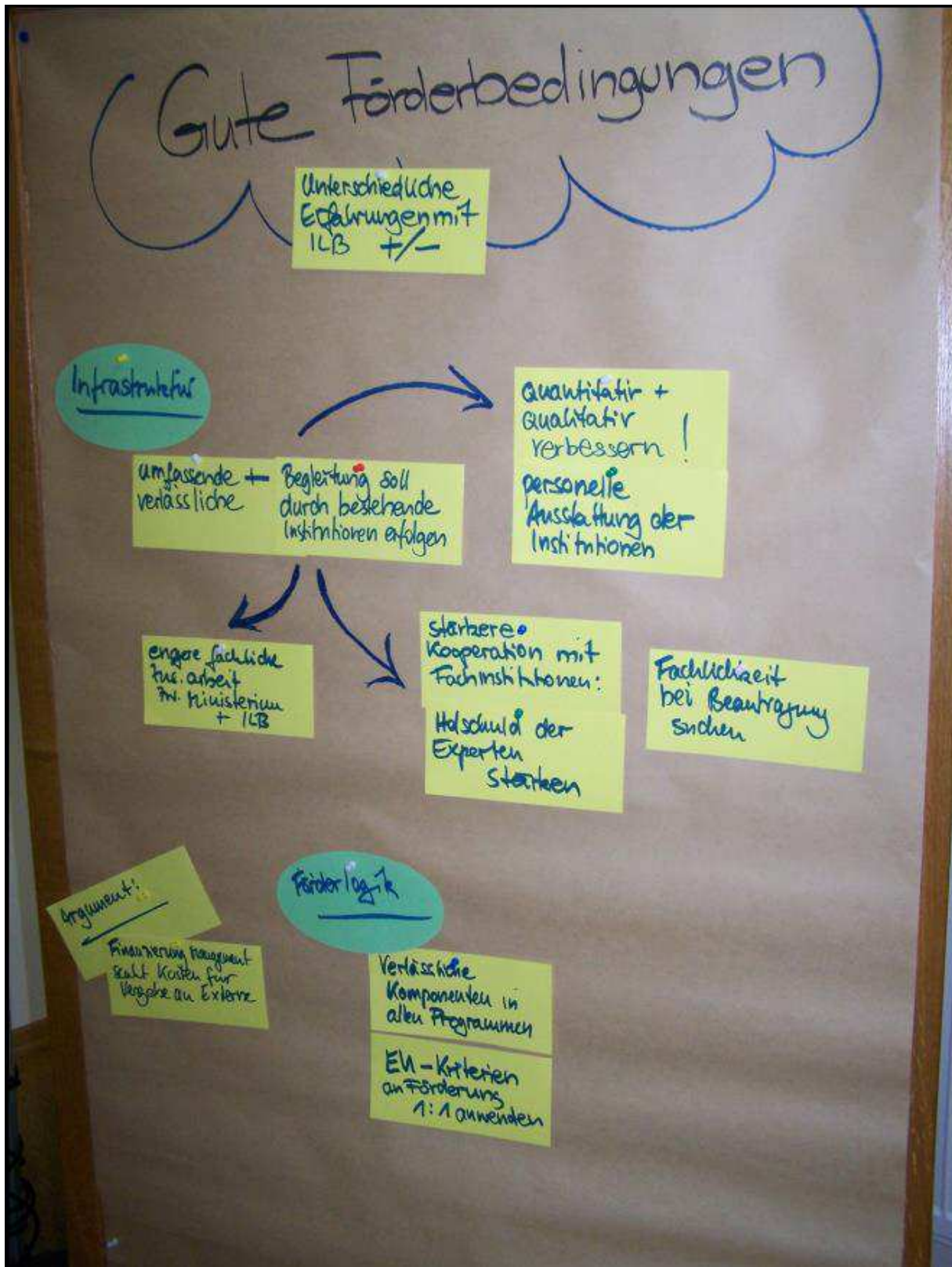
3.D1 Sollte der gemeinsame Begleitausschuss für alle ESI-Fonds inkl. ELER beibehalten werden? Wenn ja, was spricht dafür?

Nein, dagegen spricht ...	Ja, dafür spricht ...

4) Sonstige Anregungen und Anmerkungen

--

Vielen Dank für Ihre Teilnahme.



Profil der "idealen" Richtlinie

Struktur

"Cafeteria-System"

Scheitert

Modularität

ohne Doppelstruktur

Verständlichkeit

Einfachheit

Ansichtung

mit arbeitsmarkt relevanten Zielzahlen

zeitgemäß ist (Elabulierung)

stärker auf Innovation ausgerichtet

Veränderte Anforderungen aufgenommen

z.B. durch mehr Flexibilität

Regionale Transfer ist auch Innovation

= Kilitz Innovationgedanken

Vorrangigkeit statt Exklusivität bei Clustern

Ziel: Wirksame Öffentlichkeitsarbeit

Vor Ort erleben, was die EU tut!
Ist nicht Aufgabe der Projekte

Es muss verstanden werden

Wie sind die Ergebnisse hier?

VB: 'Bürgerinformation'-Bericht

Adressatengerechtigkeit

Bürger

Für welches Zielpublikum?

Potenhielle Träger

soßen auch konkret abgeholt werden

...

Vorgehen

⇒ Werbung unterschiedlich zu gestalten

emotionalisieren

Nutzen auch des digitalen Raums

bündeln aller Aktivitäten
EFRE / EFRE / ESF

Mehr mediale Beratung der Fonds zur OA

OA geförder + geteilt für besseren Mittelabfluss / Vertriebsverweiden

Mehr Infos, die einfach weiterzuleiten sind aber Programmspezifisch!

Wirksamkeitsanalyse stärken

Es gibt komprimierte Infos

aber wie kommen sie an?

Trägerperspektive

Publizitätspflichten zu viele!

Was verstehen wir unter

* Innovation

* Nachhaltigkeit

Trends umsetzen

über Produkt-
Innov. hinaus →

auch andere
Formen der
Zusammenarbeit

Geschäftsmodelle

Methoden

Prozesse

neue Gruppen
hinzunehmen

Neuigkeits-
charakter

Innovations-Definition
bei RL Bsp. Inno-FK
weitgefasst = gut

über Betrieb
hinaus

vom Outcome
her definieren

so verständlich
wie möglich,
z.B. über Bsp.

weitformuliert

+ ökonomische
Nachhaltigkeit

Arbeitsmarkt-
dimension

+ Soziales

z.B. Geschlecht/
Behinderung
etc.

Was hat Bestand
nach der
Föderung?

Ressourcenschutz
im nettesten
Sinne

Muss bei jedem
Thema neu
definiert werden

KBSplus:

Bedarfsbefragung der Partner für die Brandenburger Programme 2020+

Kurzfassung der Ergebnisse für die Verwaltungsbehörden

Vorgehen:

Auf Basis eines mit den Verwaltungsbehörden abgestimmten Fragebogens wurden die Partner, Gäste im BGA und ausgewählte Projektträger persönlich interviewt. Anschließend fand zur Verifizierung und Verdichtung der Ergebnisse ein Workshop mit den Partnern statt.

Sample:

Interviewt wurden insgesamt 20 Personen, (Partner, BGA-Gäste, Projektträger)

Gesamteinschätzung:

Insgesamt ist die **Zustimmung zu den Programminhalten** der ESI-Fonds sehr hoch. Aus Sicht der Partner treffen die gegenwärtigen Programme und auch die künftigen Prioritäten den Bedarf.

Kritisch äußern sich die Partner zur Umsetzung der Programme. Dies betrifft vor allem die als **überbordend empfundene Bürokratie** und die Wahrnehmung, dass die Interpretation der Richtlinien und Verwaltungsvorschriften nicht immer nachvollziehbar erscheint.

Die Befragung ergab, dass **Förderungen** aus den ESI Fonds für viele von den Partnern vertretenen Organisationen **wichtig bis sehr wichtig sind**. Indes gelingt es kleinen, ressourcenschwachen Organisationen (einschließlich Betrieben) kaum, eigenständig die **Administration bei Antragstellung und Durchführung** zu leisten. Vielfach wird berichtet, dass externe Berater eingeschaltet werden müssen, die diese Aufgaben übernehmen.

Ein weiterer, wenig überraschender Punkt, ist die Schwierigkeit für ressourcenschwache Beantragende, die **erforderlichen Eigenmittel an der Gesamtfinanzierung** aufzubringen. Daher wird „Seed money“ oder eine Grundförderung der Organisation oder auch Personalmittel bzw. die Bearbeitung der Projekte mit eigenem Personal gewünscht.

Gewünschte Gestaltungsschwerpunkte:

Nachfolgend beschreiben wir die Sicht der Partner zu vier Feldern, die sowohl in den Interviews als auch im Workshop eine hohe Relevanz für die Partner hatten.

Gute Förderbedingungen

- Pauschalen (z.B. ERASMUS) und vereinfachte Kostenoptionen sind auszuweiten
- Nachweispflichten reduzieren.
- Managementkosten der Träger sollten stärker berücksichtigt werden
- Vereinfachung im Umgang mit Förderanträgen, Beantragung – Auswirkung – Nachverfolgung.
- Beratungsstrukturen in den bestehenden Institutionen aufbauen einschließlich des Angebots einer Risikoabschätzung bezogen auf die beantragten Vorhaben.
- Schulung der Beratenden, so dass unter anderem ein gemeinsamer Wissensbestand zu den Förderbedingungen gewährleistet ist.
- Anlaufstelle in den bestehenden Institutionen.
- Umfassende und verlässliche Begleitung sollte durch die bestehenden Institutionen erfolgen. Diese müssen stärker die Rolle der Beratenden einnehmen und hierbei die fachliche Expertise von Dritten stärker einbeziehen.
- Engere fachliche Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und ILB etc.
- Personelle Ausstattung der Institutionen verbessern.
- Verlässlichkeit in allen Programmen gewährleisten.
- Die Kriterien der EU in allen Programmen anwenden und keine weitere Verengung durch die Landesförderung.
- Nutzung aller technologischen Möglichkeiten zur Vereinfachung (keine Nachweise in Papierform, leistungsfähige Plattform zum Einstellen / Hochladen der erforderlichen Dokumente und Informationen).

Gute Richtliniengestaltung

Positiv bewertet werden Richtlinien, die

- anwendungsbezogen sind (z.B. ELER: Europäische Innovationspartnerschaft (EIP).
- mit bewährten und einfachen Verfahren (ESF Weiterbildungs-Richtlinie).
- die mehrere Aspekte in sich vereinen EFRE: BIG DIGITAL: vereint in sich Beratung / Investitionsförderung / Weiterbildung der Beschäftigten) im Sinne eines „Scheckheftes“ für Antragstellende beziehungsweise
- modulhaft aufgebaut sind, also „integrierte Förder-Richtlinien“ oder „Cafeteria-System“
- lokale Ansätze wirklich fördern (LEADER).
- Attraktive, einfache Förderbedingungen enthalten, bei denen ausprobiert werden kann (Soziale Innovationen).
- Programmübergreifend gestaltet sind, aber so, dass auch programmübergreifend beantragt werden kann.
- Doppelstrukturen vermeiden.
- mit arbeitsmarktlichen Zielzahlen untersetzt sind.
- zeitgemäß evaluiert sind und damit die veränderten Anforderungen verarbeitet haben
- stärker auf Innovationen ausgerichtet sind.
- die Orientierung auf Cluster mildern (Vorrang statt exklusiv).

Wirksame Öffentlichkeitsarbeit

- ELER hat eine lustige und ansprechende Werbung.
- Sehr gut ist das BrandAktuell, so etwas sollte es auch bei den anderen Fonds geben.
- Mehr Gute Praxis in digitaler Form
- „Gute Werbeatikel wären auch mal wieder schön, die haben wir immer gern rausgegeben bei Veranstaltungen und auf diese Weise kam man mit den Leuten auch ins Gespräch.“
- Informationsveranstaltungen sind sehr gut, allerdings sollte der Teilnehmendenkreis erweitert werden, indem die Veranstaltungen breiter beworben werden. Die Veranstaltungen sollten stärker von den Behörden unterstützt werden, z.B. mit einem aktiven Part der Abteilungsleitungen.
- Die Öffentlichkeitsarbeit muss von den Menschen vor Ort wahrgenommen werden. Daher muss die Öffentlichkeitsarbeit stärker in die regionale Politik eingebettet sein. Die normalen Bürger müssen angesprochen werden, z.B. durch mehr Pressearbeit (z.B. in den örtlichen Zeitungen) oder Veranstaltungen in der Fläche / vor Ort (z.B. in Dorfgemeinschaftshäusern)
- Vor Ort erleben, was die EU für die Region tut. EU-Abgeordnete müssen öfter in die Region. Hier besteht großes Potential.
- Fondsübergreifende Kampagne "Was hat die EU für uns getan?"
- Kampagnen sollen voneinander unterscheidbar sein.
- Medienvermittlung der Inhalte sollte gestärkt werden. Daher u.a. mehr Pressearbeit und aktive Information über die Projekte
- „Die beste Öffentlichkeitsarbeit ist die positive Mund-zu-Mund-Propaganda. Das geht aber aus den genannten Gründen nicht. Die Bürokratie macht das gute Image der Förderung zunichte“
- Mehr Gute Beispiele emotionalisiert und für alle verständlich verbreiten.
- Die Öffentlichkeitsarbeit sollte adressatengerechter gestaltet werden: für welches Zielpublikum welche Botschaft?
- Öffentlichkeitsarbeit auch für den „Vertrieb“ verwenden, also zum Beispiel um den Mittelfluss zu stimulieren.
- Mehr Wirkungsanalyse und die Strategie darauf ausrichten.

Verständnis der Begriffe Innovation und Nachhaltigkeit

